Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Raden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Nach der Arbeit", außerdem „Volk und Zeit" wöchentlich 2 Mark, halbmonatlich 1 Mark. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10 Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 146 | Dresden, Sonnabend den 25. Juni 1927 | 38. Jahrg.

Die Regierung gegen die Regierung

Stresemann feiert Zollabbau, Schiele macht neue Zölle!

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Mit ungewohnter Energie, mit größter Beschleunigung und mit besonderer Feierlichkeit hat die deutsche Reichsregierung ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz ausgesprochen. Sie hat sich nicht damit begnügt, durch einen besonderen Kabinettsbeschluß diese Zustimmung festzulegen. Stresemann hat selbst die Initiative ergriffen, um den Völkerbundrat, die Regierungen der Welt, auf die uneingeschränkte Zustimmung festzulegen. Sein Eifer war so groß, daß der englische Außenminister, also der Vertreter eines Landes, das sich augenblicklich nicht mit Plänen für neue Zollerhöhung trägt, einige Vorbehalte glaubte machen zu müssen. So hat die deutsche Regierung in einer für die Weltpolitik entscheidenden Frage unter lebhaftem Beifall aller fortschrittlichen Kreise der ganzen Welt die Initiative für eine freiheitliche Wirtschaftspolitik ergriffen. Bravo!

Vor wenigen Tagen hat nun die gleiche Reichsregierung dem Reichsrat die Vorlage unterbreitet, durch die der Kartoffelzoll von 50 Pf. auf 1 M. und der bisherige Zoll auf Schweinefleisch von 21 M. auf 32 M. erhöht wird. Die Erhöhung des Zuckerzolls von 10 auf 15 M. je Doppelzentner ist gleichfalls in Vorbereitung.

In ihren Beschlüssen über Handelspolitik und Handelsverträge kam die Weltwirtschaftskonferenz zu folgender Schlußfolgerung:

In Anbetracht,

daß die hohen und jederzeit veränderlichen Zölle, die von vielen Ländern erhoben werden, verderbliche Wirkungen auf Produktion und Handel ausüben; daß es möglich ist, durch immer größere Erleichterungen für den internationalen Handel die wirtschaftlichen Grundbedingungen erheblich zu verbessern;

daß die Zölle, obwohl sie der souveränen Gesetzgebung jedes Staates unterliegen, nicht allein nationale Interessen berühren, sondern einen großen Einfluß auf den Handel der ganzen Welt besitzen,

und daß manche Gründe, die zu einer Erhöhung der Zölle und zur Schaffung neuer Handelsbeschränkungen geführt haben, seit dem Kriege in weitem Maße verschwunden sind und daß die Bedeutung andrer immer geringer wird:

proklamiert die Konferenz, daß der Augenblick gekommen ist, jeder neuen Ueberschreitung der Zolltarife ein Ende zu setzen und sich in entgegengesetzter Richtung zu orientieren.

Stresemann hat in Genf besonderen Nachdruck auf den letzten Satz gelegt und erklärt, daß er selbst und die Reichsregierung ihm vorbehaltlos zustimmen.

Acht Tage später proklamiert auf Befehl des Landbundes die Reichsregierung neue Zollerhöhungen!

Stresemann hatte keine Vorbehalte. Das war leider bedeutungslos, denn Herr Schiele hatte welche und hat sie durchgesetzt. Das Wort des deutschen Außenministers ist vor der Welt entwertet. Schiele hat die Unterschrift des deutschen Außenministers für nicht diskontfähig erklärt. Das haben die Deutschnationalen, ob in der Regierung oder in der Opposition, noch immer getan. Das berührt aber den Reichskanzler, der die Richtlinien der Politik bestimmt, nicht weiter. Er hat ja die Anerkennung der Richtlinien durch die deutschnationale Fraktion in seinem Aktenschrank. Er hat sich freilich, das verstaubte Aktenstück herauszuholen.

Die Deutschnationalen müssen die Stunden ihrer Regierungsteilnahme zählen. Das erklärt die Eile, mit der sie den Wechsel des Herrn Stresemann protestiert haben; denn ökonomisch machte der Minister des Landbundes gegenwärtig nicht zu viel aus. Das zeigen ein paar Zahlen. Es kostete:

	Roggen Berliner Großhandels-Notierung per Tonne	Kartoffeln per Ztr.	Zucker Magdeburger Notierung für Rohzucker per Ztr. ohne Steuer
Durchschn. Preis 1913	168.— M.	2.40 M.	9.25 M.
Januar 1926	189.50 „	1.80 „	13.70 „
Dezember 1926	233.— „	3.20 „	18.30 „
März 1927	247.— „	4.55 „	17.90 „
Juni 1927	278.— „	5.45 „	15.60 „
Steigerung gegenüber 1913 um:	66 %	127 %	70 %

Die Auswirkung auf die Kleinhandelspreise ist folgende:

	2-Pfund-Brot in Pf.	Kartoffeln per Pfund in Pf.	Haushaltzucker per Pfund in Pf.
Durchschn. Preis 1913	28	3	22½
Januar 1926	36	3½	31
September 1926	41	5½	35
April 1927	44	7	38
Juni 1927	46	8½	40
Steigerung gegenüber 1913 um:	64 %	180 %	80 %

Wahrscheinlich wird das Brotgewicht noch weiter herabgesetzt werden, so daß ein Zweipfundbrot über 50 Pf. kosten wird. **Die Reichsregierung hat damit den höchsten Brotpreis produziert, der je unter einer deutschen Regierung da war!**

Man sieht, die Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen, damit aber die Steigerung der Produktionskosten und die Verringerung der Konkurrenz- und Exportfähigkeit der deutschen Industrie ist ganz offensichtlich. Die Steigerung der wichtigsten Agrarpreise geht stark hinaus über die allgemeine Preissteigerung seit 1913, insbesondere auch über die Preissteigerung der wichtigsten landwirtschaftlichen Betriebsmittel.

Aber das sind alles volkswirtschaftliche Gesichtspunkte, und für den Landbund und seinen Vertreter Schiele handelt es sich um das

privatwirtschaftliche Interesse vor allem der ostelbischen Großgrundbesitzer.

Innerpolitisch ist die Situation sehr einfach. Die Großgrundbesitzer sind in der Regierung, haben die politische Macht und erhöhen den Tribut, den sie den arbeitenden Massen zuerst durch die Wiedereinführung, später durch die Erhöhung der Agrarzölle auferlegt haben, jetzt wieder aufs neue. Das geht eben, solange die breiten Massen es sich gefallen lassen und von dem Wahlrecht keinen besseren Gebrauch machen als 1924.

Innerpolitisch interessant ist dabei nur die Haltung des Zentrums. Das Zentrum — und namentlich seine Arbeitervertreter — hat 1925 bei der Einführung des Dreimarkzolles für Getreide zum erstenmal erklärt, daß über diese Sätze im Interesse der Arbeiterklasse nicht hinausgegangen werden kann. Das Zentrum hat diese Erklärung mit sehr großem Nachdruck bei der Erhöhung auf 5 M. im Vorjahr wiederholt. Jetzt will es der Erhöhung des Kartoffelzolles, der überaus starken Erhöhung des Zolles auf Schweinefleisch und der durch nichts zu rechtfertigenden Erhöhung des Zuckerzolles zustimmen. Es ist doch merkwürdig: So oft die Interessen der christlichen Arbeiter mit den Interessen der christlichen, protestantischen und jüdischen Unternehmer in Gegensatz geraten, müssen die christlichen Arbeiter verzichten! Sollte es sich da nicht vielmehr um wirtschaftliche Machtverhältnisse als um christliche Glaubenssätze handeln?

Die Erhöhung des Zuckerzolles bei den außerordentlich hohen Preisen ist nun allerdings eine brenzlige Sache. Die Frauen sind über das Steigen des Zuckerpreises ohnehin erbittert und

die Frauen haben das Wahlrecht.

Deshalb soll die Erhöhung des Zuckerzolles gemildert werden durch eine Ermäßigung der Zuckersteuer. Die hatte bereits der demokratische Finanzminister Dr. Reinhold in Aussicht gestellt, aber ohne Erhöhung des Zuckerzolles, also ausschließlich zum Nutzen der Zuckerverbraucher. Jetzt aber soll der Verbraucher von der Herabsetzung der Steuer kaum einen Vorteil haben. Denn die Steuerermäßigung soll ja nur die Zollsteigerung ausgleichen. Das, was die Verbraucher bisher an Steuern gezahlt haben, geht aber jetzt nicht mehr in den allgemeinen Steuersäckel, sondern in die Privattaschen vor allem des Zuckerkartells, ein paar Pfennige vielleicht in die Taschen der Rübenbauern. Die Reichsfinanzen werden geschwächt, um die Privatfinanzen der Kartellherren zu stärken.

Das ist die Finanzpolitik des Bürgerblocks!

All diese Dinge haben aber auch noch ihre handelspolitische Seite. Kartoffeln und Schweine sind die Hauptpositionen, die für den Handelsvertrag mit Polen in Betracht kommen. Ihre Erhöhung ist geeignet, die Beendigung des Zollkrieges mit Polen zu erschweren, und das ist ja vielleicht auch Herrn Schiele nicht gar so unlieb.

Die Weltwirtschaftskonferenz hat beschlossen: „daß in Zukunft mit der Praxis gebrochen werde, im Wege von Kampftarifen oder Generaltarifen übertrieben hohe Zölle, die als Verhandlungszölle gedacht sind, in Kraft zu setzen, bevor die Verhandlungen selber begonnen haben." Die Reichsregierung macht genau das Gegenteil. Wir möchten nur wissen, was sie täte, wenn sie den Beschlüssen von Genf nicht „vorbehaltlos zugestimmt" hätte.

Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen ohne wirklichen Nutzen für die Landwirtschaft, das ist die innerpolitische Bilanz. Kompromittierung der deutschen Außenpolitik, das ist die außenpolitische Bilanz der Rechtsregierung. Für die Opposition wäre es ein Lustspiel, wenn der Eintrittspreis in das Bürgerblocktheater für das deutsche Volk nicht so verdammt hoch wäre.

Der Reichsfinanzminister zur Beamtennot

Keine Hilfe vor 1. Oktober — Scharfe sozialdemokratische Kritik

Zum Haushaltausschuß des Reichstags gab am Freitag Reichsfinanzminister Dr. Köhler bei der Beratung der Anträge zur Beamtenbesoldungsreform zunächst die in Form einer Entschließung erfolgte Stellungnahme der Länder bei der Konferenz der Finanzminister bekannt.

1. Die Finanzminister der Länder erkennen die Notwendigkeit der Erhöhung der Beamtenbezüge an und halten es für unabweisbar, sich in der Ausgestaltung und im Zeitpunkt im wesentlichen dem Vorgehen des Reiches anzuschließen.

2. Die Finanzminister der Länder halten, in Uebereinstimmung mit dem Reichsminister der Finanzen, eine Erhöhung der Beamtenbezüge vor dem 1. Oktober finanziell nicht für tragbar.

3. Selbst wenn die Erhöhung der Beamtenbezüge erst zum 1. Oktober erfolgt, sehen sich die Länder außerstande, die für die Erhöhung erforderlichen Mittel aus den ihnen zur Verfügung stehenden Einnahmen zu decken. Sie erheben daher die Forderung, daß das Reich den Ländern neue Einnahmen zur Deckung der Besoldungserhöhung zur Verfügung stellt.

Dazu erklärt der Reichsfinanzminister, daß es dem Reiche vollkommen unmöglich sei, auf der Grundlage des Etats von 1927 den Ländern weitere Mittel für Gehaltserhöhungen zur Verfügung zu stellen. Demgegenüber vertreten die Länder den Standpunkt, daß, um keine Defizitwirtschaft zu betreiben, neue Einnahmequellen erschlossen werden müssen. Vorgeschlagen werden eine Wiedererhöhung der Umsatzsteuer und Zuschläge zur Einkommensteuer. Man dürfe jedoch nicht übersehen, daß es sich um eine Mehrbelastung von vielen hundert Millionen handele. Der Reichsetat sei, so erklärte der Reichsfinanzminister weiter, schon jetzt derart angespannt, daß es mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, überhaupt die Mittel herauszuarbeiten, die für eine durchgreifende Besoldungserhöhung ab 1. Oktober erforderlich sind. Außerdem müsse das Reich so rasch wie möglich zu einer Regelung der Liquidationsschäden kommen. Die Finanzminister der Länder seien einmütig der Ueberzeugung, daß es vor dem 1. Oktober unmöglich sei, durchgreifend alle Besoldungsgruppen aufzubessern. Der Minister lehnte es für seine Person an, vor dem 1. Oktober mit irgendwelchen Teil- oder Abschlagszahlungen zu beginnen und erklärte schließlich, in Frage komme eine Gehaltserhöhung von etwas mehr als 10 Prozent im Durchschnitt. Unter Hinzurechnung der Kriegsbeschädigten würde dadurch für den eigentlichen Reichshaushalt, ohne Post und Eisenbahn, eine Ausgabe von ungefähr 250 Millionen im Jahre verursacht.

Dem Ausschuß war inzwischen ein Eventualantrag der Demokraten zugegangen, die Reichsregierung zu ermächtigen, ab 1. August an die Gehaltsgruppen 1 bis 7 12½ Prozent und an die höheren Gehaltsgruppen 10 Prozent ihres jetzigen Gehalts als Zuschlag bis zur Erledigung der Neuregelung zu zahlen. Ein Antrag der Regierungsparteien will die Regierung ermächtigen, tunlichst bald, spätestens am 1. Oktober und 1. November, Abschlagszahlungen auf die Gehaltserhöhung zu bewilligen, falls die gesetzliche Neuregelung bis dahin nicht erledigt sein sollte.

Nach dem Reichsfinanzminister schilderten die Vertreter Bayerns, Preußens, Sachsens, Badens, Hamburgs, Thüringens und Bremens die Verhältnisse in den einzelnen Ländern. Sie traten dabei für eine gleichzeitige und gleichartige Aufbesserung in Reich und Ländern ein.

Abg. Dr. Hertz (Soz.)

hob hervor, daß die Reichsregierung zwar die Notlage und die Verschuldung der Beamten anerkenne, es bei ihr aber an dem Willen zur Beseitigung dieser Notlage fehle. Die Notlage sei um so schlimmer, als die Erhöhung der Besoldung seit langem vollständig stillgestanden habe, die Preise der Lebenshaltung dagegen ständig in die Höhe gegangen seien. Die Sozialdemokratie wolle sofort Hilfe gewähren, während die Regierung und die Regierungsparteien frühestens am 1. Oktober eine Hilfe eintreten lassen wollen. Am 1. Oktober sei jedoch die finanzielle Notlage des Reichs und der Länder keineswegs besser. Der jetzige schlimme Stand der Finanzlage solle gar nicht abgeleugnet werden, er sei aber zwangsläufig durch die Taten und Unterlassungen der Regierung herbeigeführt. Die Regierung habe bei der Verabschiedung des Haushalts vor unbedingt notwendigen und sicher kommenden Ausgaben den Kopf in den Sand gesteckt. Auch jetzt sei die Erhöhung der Zollsätze um so unverständlicher, als diese Zollsätze schon Monat für Monat über den Voranschlag hinausgehen.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung gehe dahin, die Einnahmen zu verkappen, um die Forderungen der Bedürftigsten ablehnen zu können.

Es entspann sich dann eine längere Aussprache. In einem Schlußwort erklärte der Reichsfinanzminister, die Einnahmeschätzungen des Abg. Dr. Hertz und anderer Redner seien zu optimistisch. Für ein halbes Jahr sollen die Mehrkosten für die Beamtenbesoldung aus Einsparungen herausgeholt werden. Den Vorwurf einer künstlichen Verkappung der Einnahmen begründete der Minister als unberechtigt. Allerdings beabsichtige er, die Zuckersteuer ganz erheblich zu senken. Den Betrag von 130 bis 140 Millionen, der, über den Etat hinaus, an einer durchgreifenden Besoldungsreform nötig ist, glaubt der Minister jedoch beschaffen zu können. Eine Erhöhung von 7 bis 8 Prozent bezeichnete er als zu niedrig. Der Gesetzentwurf für die Gehaltsregelung werde voraussichtlich Mitte Dezember vorliegen, so daß der Reichstag in der zweiten Hälfte des Dezember zur Verabschiedung des Gesetzes zusammentreten könnte. — Die Weiterberatung wurde dann auf Montag vertagt.

Walter Rathenaus Todestag. Die Reichsregierung hat am Freitag anläßlich der fünfjährigen Wiederkehr der Ermordung Rathenaus an dessen Grab einen Kranz niederlegen lassen. Es hätte im Sinne des Verstorbenen gelegen, diesen Kranz mit einer schwarz-rot-goldenen Schleife zu versehen. Das ist jedoch nicht geschehen! Am Freitag vormittag besuchten viele Reichstagsabgeordnete und gegen Abend zahlreiche Reichsbannerkameraden das Grab dieses meuchlings ermordeten Republikaners.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19270625/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG